



P r o t o k o l l

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz

Sitzungstermin:	Montag, 14.09.2015
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr
Sitzungsende:	21:50 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Löhr, Norbert

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Wiegel, Heike

Ordentliche Mitglieder

Bosse, Marcus
Dette, Ehrhard
Gerndt, Reinhard Dr.
Hantelmann, Klaus
Heider, Ute
Hensel, Falk
Lagosky, Uwe
Resch-Hoppstock, Sabine
von Veltheim, Alexander
Vree, Friedhelm

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Leukert, Michael

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Balder, Pierre
Dettmann, Udo
Försterling, Björn
Voges, Reinhard

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Schillmann, Claus-Jürgen
Vogt, Kornelia
Brandt, Martina

Dezernent
Pressesprecherin
Abteilungsleiterin
Bauverwaltung
Protokollführer

Weber, Wolfgang

Als Gäste

Dr. Stumpf, Silvia
Laske, Dirk

Projektträger Karlsruhe
Bundesamt für
Strahlenschutz

mehrere Zuhörer
1 Vertreter der Presse

Es fehlen:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)
5. Anträge (§§ 23, 4f GO)
6. Asse 2-Begleitprozess
Vorlage: XVII-0637/2015
7. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
8. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Lohr eröffnet um 18.05 Uhr die 17. Sitzung des Ausschusses. Besonders begrüßt er

Herrn Laske vom Bundesamt für Strahlenschutz, Frau Dr. Stumpf vom Karlsruher Institut für Technologie, Herrn Hüske von der Braunschweiger Zeitung und die Zuhörer.

Hinweis der Verwaltung: Der Beschlussvorschlag für die Vorlage XVII-0577/2015/1 – Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Vorsitzender Löhr stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Vorsitzender Löhr stellt an die Ausschussmitglieder die Frage, ob Änderungen und / oder Ergänzungen der Tagesordnung beantragt werden.

Änderungen und / oder Ergänzungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.

TOP 4 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet die Einwohnerfragestunde und bittet darum, dass die Fragesteller ihren Namen und Wohnort nennen. Es dürfen nur Fragen gestellt werden. Erklärungen sind unzulässig.

Es wurde sich im Vorfeld darauf geeinigt, dass die Fragen, die hier gestellt werden, im Rahmen der Diskussion zu TOP 6 abgearbeitet werden. Fragen, die nicht abgearbeitet wurden, werden unter TOP 8 beantwortet.

Es werden folgende Fragen gestellt:

Frau Kuchenbecker aus Groß Denkte möchte gern wissen, ob den Kreistagsabgeordneten das Schreiben des A2K vom 5. September 2015 bekannt ist.

Vorsitzender Löhr bestätigt, dass allen Kreistagsabgeordneten das Schreiben zugegangen ist.

Herr Kramer aus Groß Vahlberg stellt folgende Fragen:

- Wie kommt unsere Landrätin dazu, der a2b eine Denkpause zu verpassen und mit wem wurde dies im Vorfeld besprochen?
- Warum steht in der Beschlussvorlage, dass nur nach Asse-nahen Standorten gesucht werden soll. Wo und wer hat dies einvernehmlich festgelegt?
- Es soll ein entsprechender Vorschlag für die 750 m - Sohle erarbeitet und umgesetzt werden, ohne zu wissen wie das Papier aussieht.
- Können die erwähnten Grundsätze aus dem Workshop vom 12. und 13.3.2015, denen heute zugestimmt werden soll, erläutert werden?

- Es wird Veränderungen geben, dennoch werden das BfS und die ASSE GmbH als verantwortliche und zentrale Partner genannt. Welchen aktuellen Stand gibt es hierzu?
- Es soll eine gravierende Veränderung in Sachen Geschäftsordnung, Öffentlichkeitsarbeit und Arbeit der Geschäftsstelle geben. Warum ist dies beabsichtigt ? Es gibt eine Satzung, die dazu etwas Anderes aussagt. Soll die Satzung geändert werden?

Herr Wypich aus Groß Denkte stellt Fragen zum Zwischenlager. Wie stellt der Landkreis Wolfenbüttel zukünftig eine vertrauensvolle Arbeit mit der a2b vor?

Frau Jagau aus Dettum fragt an, welche Handlungsmöglichkeiten der Landkreis Wolfenbüttel gegenüber der BfS und der A2B hat? Wie kann der Kreistag fachlich über die Verfahren des BMUB und des BfS informieren und entscheiden? Wer entscheidet über die Weitergabe von Informationsmaterial?

Frau Bischoff aus Wolfenbüttel möchte gern wissen, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn die A2B-Gruppe ihre Sitzung durchgeführt und am Ende der Sitzung über eine Denkpause nachgedacht hätte?

Werden zukünftig die Schreiben der Bürgerinitiativen an die A2B weitergeleitet?

Ist die Landrätin als Letztentscheiderin die geeignete Vorsitzende der A2B?

Wieso wurde das Thema Drainage nicht auf die Tagesordnung gesetzt?

Herr Kramer fragt nach, warum in der Drucksache festgelegt wurde, dass willkürliche Entfernungsangaben abzulehnen sind.

Ferner fände er es fair, wenn man das vermeintliche Zwischenlager als Endlager für die Asse bezeichnen würde. Damit würden vielleicht in 40 oder 50 Jahren die gefährlichen Transporte vermieden.

Herr Hildebrand verweist auf das Gutachten von 1928 und bittet den Landkreis Wolfenbüttel um Auskunft warum der Rückholungsprozess nicht über den Schacht 2 betrieben wird.

Herr Wiegel aus Remlingen möchte wissen, ob es eine Korrektur der Parameterstudie gibt.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Vorsitzender Lühr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Da keine Anfragen gestellt werden wird der Tagesordnungspunkt vom Vorsitzenden Lühr geschlossen.

TOP 5 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Vorsitzender Lühr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Da keine Anträge vorliegen wird der Tagesordnungspunkt vom Vorsitzenden Lühr geschlossen.

TOP 6 Asse 2-Begleitprozess
Vorlage: XVII-0637/2015

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Einführend berichtet Landrätin Steinbrügge, dass es die Asse2-Begleitgruppe seit sieben Jahren gibt. Der Begleitprozess hat viele Erfolge zu verzeichnen und die Voraussetzung dafür schaffen die Menschen, die diesen Prozess tragen. Für die bereits geleistete Arbeit bedankt sie sich.

Vorsitzender Löhr erteilt Dezernent Schillmann das Wort zu Punkt 1 – Standortsuchverfahren.

Dezernent Schillmann stellt die Drucksache vor.

1. Standortsuchverfahren

Bei dem Standortsuchverfahren gibt es ein sehr großes Maß an Gemeinsamkeit.

Das Schema „Vorgehensweise Standortsuche Zwischenlager“ – Vorschlag Landkreis Wolfenbüttel wird von Herrn Fuder erläutert.

Hinweis der Verwaltung: Das Schema ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

KAbg. Bosse verlässt um 19.15 Uhr die Sitzung. Vertreten wird er von KAbg. Resch-Hoppstock.

Nach einer Diskussion an der sich Herrn Dettmann, KAbg. Försterling, KAbg. Wiegel und KAbg. Lagosky beteiligen und der Beantwortung von Verständnisfragen zur Standortsuche Zwischenlager durch Herrn Fuder und Dezernent Schillmann

ergeht seitens des Ausschusses bei einer Gegenstimme folgende

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Kreistag wird gebeten zu beschließen:

1. Standortsuchverfahren

Der Kreistag fordert den unverzüglichen Beginn einer transparenten, ergebnisoffenen, kriterienbasierten Standortsuche für die Konditionierungsanlage, das Puffer- und Zwischenlager

- Dies gilt insbesondere für die Suche nach Asse-nahen Standorten, weil das Verfahren einvernehmlich festgelegt ist.
- Konkrete Entfernungsvorgaben beim Suchverfahren werden abgelehnt.
- Die a2b fordert die Ergänzung der Parameterstudie des BfS vom 28.10.2014 um eine Störfallbetrachtung für Transport und Standort und um die Freisetzung radioaktiver Stoffe durch Ableitungen im Normalbetrieb. Das BfS wird gebeten, dazu Stellung zu nehmen.
- Der verabredete, kriterienbasierte Vergleich sollte analog dem in Anlage 1 beigelegten Schema erfolgen.

2. Neuausrichtung der Faktenerhebung und der Vorgehensweise zur Rückholung

Herr Dirk Laske vom Bundesamt für Strahlenschutz hält seinen Vortrag zur Rückholungsstrategie als Ergebnis der Evaluierung der Faktenerhebung und der Vorgehensweise zur Rückholung anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Hinweis der Verwaltung: Die PowerPoint-Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

Frau Dr. Silvia Stumpf vom Karlsruher Institut für Technologie hält ihren Vortrag „Evaluierung der Faktenerhebung“, Ergebnispräsentation AGO Stellungnahme vom 17.08.2015 ebenfalls anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Hinweis der Verwaltung: Die PowerPoint-Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt.

KAbg. Leukert verlässt um 21.10 Uhr die Sitzung.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgende

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Kreistag wird gebeten zu beschließen:

2. Neuausrichtung der Faktenerhebung und der Vorgehensweise zur Rückholung

- Die Neuausrichtung der Faktenerhebung und der Vorgehensweise zur Rückholung wird als Chance zur Beschleunigung des Rückholungsprozesses gesehen und ausdrücklich begrüßt.
- An die beteiligten Genehmigungsbehörden wird appelliert, den Vorschlag des BfS im Dialog konstruktiv umzusetzen.
- Die Anregungen und Hinweise in der Stellungnahme der AGO vom 17.08.2015 sind angemessen zu berücksichtigen.

3. Notfallvorsorge/Drainage

Dezernent Schillmann weist darauf hin, dass für die Dilemmasituation zwischen Notfallvorsorge und der Trockenheit der Abfälle eine Lösung gefunden werden muss.

Seitens des Ausschusses ergeht einstimmig folgende

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Kreistag wird gebeten zu beschließen:

3. Notfallvorsorge/Drainage

Der weitest möglichen Trockenhaltung der Abfälle in den Einlagerungskammern ist Rechnung zu tragen, um nicht die Erfolgsaussichten der Rückholung zu gefährden.

Es ist zeitnah ein entsprechender Vorschlag für die 750m-Sohle zur Sicherstellung von

Notfallvorsorge und Laugenmanagement zu erarbeiten und umzusetzen.

4. Prozessorganisation

Landrätin Steinbrügge weist darauf hin, dass die Arbeitsatmosphäre in der a2b gestört ist. Dies ist ein zwischenmenschliches Problem, das durch eine Mediation gelöst werden kann. Zu einer Mediation müssen aber alle Beteiligten in der a2b bereit sein.

Der A2B-Prozess wurde aus der Not heraus konstruiert. Es wurde damals nicht definiert wie die A2B in das System unserer repräsentativen Demokratie eingebettet ist. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen dies nachzuholen.

Die Anlage 5 der Drucksache wird von Herrn Fuder noch einmal erläutert. Er weist darauf hin, dass jeweils der erste Satz - **Folgende Konsense zwischen sämtlichen Workshop-Teilnehmern wurde festgestellt:** - zu streichen ist.

KAbg. Lagowsky stellt Anträge zu

- 4. Prozessorganisation, den 3. Satz wie folgt zu formulieren:

Die Verantwortung für die Geschäftsführung und die Öffentlichkeitsarbeit, **wie sie die Geschäftsordnung der A2B regelt**, und die Arbeit der Geschäftsstelle der Asse 2 Begleitgruppe liegt ausschließlich bei der Landrätin / dem Landrat des Landkreises Wolfenbüttel.

- Dementsprechend ist auf Seite 8, Zeile 341, wie folgt zu formulieren:

Die Öffentlichkeitsarbeit ist Aufgabe der laufenden Verwaltung. Sie wird von der Vorsitzenden entsprechend der Regelung der Geschäftsordnung der A2B durchgeführt.

- Anlage 5, Zeile 278, Punkt 8 wie folgt zu formulieren:

Die **Landrätin** hat eine Doppelrolle: Sie ist **Vertreterin der Interessen des Landkreises und Vorsitzende der A2B**

- Seite 5, Zeile 162,

folgende Ergänzung: „; **jeweils für die zur Verantwortung gehörenden Sachbereiche**“ einfügen

- auf Seite 5, Zeile 186, wie folgt zu formulieren:

Diese Unabhängigkeit findet ihre Grenzen dadurch, dass die „**Entscheidungsverantwortung**“ ungeteilt beim Letztentscheider bleibt.

- auf Seite 6, Zeile 190, wie folgt zu formulieren:

Das gilt bezogen auf den Asseprozess **für die jeweiligen Aufgabenzuordnungen**, für den Betreiber BfS, die Genehmigungsbehörde **und den Landkreis Wolfenbüttel**.

KAbg. Hensel stellt den Antrag zu

- 4. Prozessorganisation, einen neuen Punkt hinzuzufügen:

Die Landrätin wird beauftragt, zeitnah ein Mediationsverfahren für die a2b zu veranlassen.

KAbg. Dette stellt den Antrag

- auf Seite 8, Zeile 314, wie folgt zu formulieren:

Die A2B-Mitglieder informieren ihre Gruppen. Die Bürgerinitiativen, Gemeinden **und Umweltverbände** behalten sich vor, Entscheidungen bzw. Umsetzungen aktiv zu bekämpfen, wenn sie diese für falsch halten.

Seitens des Ausschusses ergeht bei einer Gegenstimme folgende

Empfehlung: Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag folgende Beschlussfassung mit den Änderungen zu empfehlen:

4. Prozessorganisation

Der Prozess braucht klare Rollen und Verantwortlichkeiten.

- Den in der Anlage 5 beiliegenden Grundsätzen, die aufgrund des Workshops vom 12. und 13.03.2015 in Königslutter erarbeitet wurden, wird zugestimmt.
- Das BfS und die Asse GmbH sind die Verantwortlichen und die zentralen Partner für die Rückholung des Assemülls.
- Die Verantwortung für die Geschäftsführung und die Öffentlichkeitsarbeit, wie sie die Geschäftsordnung der A2B regelt, und die Arbeit der Geschäftsstelle der Asse 2 Begleitgruppe liegt ausschließlich bei der Landrätin /dem Landrat des Landkreises Wolfenbüttel.
- Die Landrätin wird beauftragt, zur Klärung der offenen bzw. ungeklärten Punkte im Prozess und der Geschäftsordnung einen Vorschlag zu erarbeiten.
- Die Landrätin wird beauftragt zeitnah ein Mediationsverfahren für die a2b zu veranlassen.

TOP 7 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass Unterrichtungspunkte nicht vorliegen.

TOP 8 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Dezernent Schillmann geht auf die 2 Fragen aus der Einwohnerfragestunde ein, die noch nicht beantwortet wurden.

Frage von Herrn Kramer: Es wird eine Veränderung geben, dennoch werden das BfS und die ASSE GmbH als Verantwortliche und zentrale Partner genannt. Welchen aktuellen Stand gibt es?

Antwort: Zur Zeit gibt es noch beide Gesellschaften.

Frage von Herrn Wiegel: Gibt es eine Korrektur der Parameterstudie?

Antwort: Die Parameterstudie des BfS ist noch einmal zu bearbeiten und entsprechend zu werten.

Herr Kramer ist der Meinung, dass seine Frage an die Landrätin, bezüglich der Denkpause für die A2B noch nicht beantwortet wurde.

Landrätin Steinbrügge stellt fest, dass heute deutlich geworden ist, warum diese Denkpause eingelegt wurde.

Samtgemeindebürgermeisterin Bollmeier befürchtet, dass durch diese Vorlage eine Überreglementierung der Arbeit in der A2B stattfindet. Sie vermutet, dass sich der Begleitprozess auflösen wird.

Frau Bischoff möchte wissen wer vom Kreistag in den Leitungskreis gehört.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass Sie als Landrätin und Mitglied des Kreistages in den Leitungskreis geht.

Mit einem Dank für die Mitarbeit und für die sachliche und faire Diskussion schließt Vorsitzender Lühr um 21.50 Uhr die 17. Sitzung.

Protokollführer

Dezernent

Vorsitzender